

# Wallstein

## Allianzen

alte Bundesrepublik  
altern  
Antisemitismusdefinition  
BI

barrierefrei  
Beziehungsanbahnung  
Bruderland

citizenship  
Dauerleihgabe  
eckiger Tisch

Eigenheim  
einsam  
Einzugsgebiet

## Engagement

erben  
gesundheitliche Versorgungsstrukturen  
gleichwertige Lebensverhältnisse  
Grundsicherung

## intersektional

Knappe

## Ko-

Kohleausstieg  
Labor

## Manifest

mehrsprachig  
Mindestlohn  
Mittal-Studie

## moralisieren

Nebenklage  
abdachlos  
Plattformökonomie  
politische Bildung

## Privileg

Racial Profiling

## repräsentativ

## Schulbuch

Seenotrettung  
soziale Mischung  
soziale Reproduktion

## streiten

Suchbarkeit

## Tierwohl

trans

## Umfrage

### Die Erzeugung von Dringlichkeit

Das »Manifest« ist in aller Munde. Bewegungen und Initiativen unterschiedlichster Couleur greifen zu dieser Textsorte oder auch nur zur Gattungsbezeichnung, um ihren Visionen und Forderungen Aus- und Nachdruck zu verleihen: Angesichts der Zunahme »gegenwärtige[r] Bedrohungen« (Les Convivialistes 2014, S. 40) tritt das *Konvivialistische Manifest* (2014) für *eine neue Kunst des Zusammenlebens*, so der Untertitel, ein, während aus feministischer Sicht die Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Diskurs (Beard 2018) auf dem Spiel steht und die Verfasserinnen des *Feminismus für die 99%* (2019) nicht weniger als die Zerstörung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung fordern. Für eine Neuausrichtung der Wirtschaft plädiert das *Maimanifest 2015*, ein *Manifest für eine gemeinwohlorientierte Genossenschaftsbewegung*. Als *Familienpolitisches Manifest* präsentiert die Heinrich-Böll-Stiftung zehn Vorschläge ihrer familienpolitischen Kommission, und auch die Mozilla Foundation hat ihre Vision des Internets als »globale[r] und öffentliche[r] Ressource« als »Manifest« deklariert. Im Geist eines »geeinten Europas« setzt man sich unter dem Rubrum »Manifest« für dessen Demokratisierung (DiEM25 2017), Nachhaltigkeit (SDGWatch Europe 2018) oder Liberalisierung (Schoettli/Stöhlker 2018) ein. Und auch Tiere und Pflanzen haben mit *Cohabitation. Ein Manifest für Solidarität von Menschen und Tieren im Stadtraum* (2021) und der Broschüre *Manifest zum Wald in Deutschland* (2017) ihre eigenen Manifeste erhalten.

Ganz offensichtlich strahlt dieses historisch und gattungstheoretisch schwer zu fassende Genre derzeit eine außergewöhnliche Attraktivität aus. Seine Verfasser\*innen scheinen in ihm ein besonders geeignetes Mittel zu sehen, um ihre Ideen zu präsentieren und deren Umsetzung einzufordern, spiegelt doch die Gattungsbezeichnung die (vermeintliche) Dringlichkeit der vorgetragenen Anliegen und den hiermit suggerierten notwendigen Veränderungsbedarf wider. Mit dem Manifest werden Umbruch und Machtanspruch gleichermaßen assoziiert, bisweilen ›Räume des Möglichen‹ verbal erprobt. Den Autor\*innen kommt hierbei entgegen, dass das Genre bis heute nicht eindeutig definiert werden konnte. Fast alles, so der Eindruck angesichts des mannigfaltigen Korpus, ist ›Manifest‹, kann ›Manifest‹ sein.

Dass sich die genannten Texte und Projekte alle als »Manifest« verstanden wissen wollen, entspricht dem appellativen Charakter, in dem derzeit über gesellschaftliche Transformation und Formen des Zusammenlebens gesprochen wird. Mit dem Verweis auf ihre Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft wie auch durch ihre Auszeichnung als »Manifest« gewinnen die Forderungen nach Solidarität, Gleichberechtigung und der Anerkennung und Berücksichtigung unterschiedlicher Lebensbedingungen und -entwürfe an Gewicht. Die Einbettung in den gesellschaftlichen und den genrespezifischen Diskurs ist durchaus als Strategie der Aufmerksamkeitslenkung zu verstehen.

## Was ist ein Manifest?

Ihren Ursprung hat die Bezeichnung »Manifest« im lateinischen *manifestus* (»offenbar«, »augenscheinlich«, »deutlich«). Im deutschsprachigen Raum wurden mit ihr ab etwa der Mitte des 17. Jahrhunderts »öffentliche« und »feierliche« Erklärung[en]« bezeichnet (Spörl 2007, S. 535). Im 19. Jahrhundert wurde der Ausdruck, der zunächst vorwiegend schriftlichen Deklarationen juristisch-politischer Relevanz von Staatsrepräsentanten vorbehalten war, auch außerhalb der politischen Sphäre verwendet. Zu einer größeren Verbreitung des Begriffs im Kontext künstlerischer und politisch-weltanschaulicher Strömungen kam es jedoch erstmals im Anschluss an die umfassende Rezeption des *Kommunistischen Manifests* (1848) zu Beginn des 20. Jahrhunderts (ebd., S. 535f.). Publikumswirksam überschrieben Futuristen, Expressionisten, Dadaisten und Symbolisten ihre programmatischen Erklärungen als

»Manifest« (*Manifeste du futurisme* [1909], *Manifest des absoluten Expressionismus* [1919], *Dadaistisches Manifest* [1918], *Manifeste du surréalisme* [1924]). Das Manifest diente hier der eigenen Identitätsstiftung. In Abgrenzung zu den »anderen« formierte sich im Manifest die neue Bewegung, das neue »wir«, das sich meist als exklusiv verstand (und es nicht selten auch bleiben wollte). Die vormals für das Manifest erforderliche politische oder juristische Legitimation seines Urhebers verlor mit den Manifesten der historischen künstlerischen Avantgarde vollends an Bedeutung. Hervorzuheben ist diesbezüglich, dass diese im Hinblick auf die weitere Wirkungsgeschichte des Manifests wegweisenden Texte weniger in der Tradition des politischen Manifests als in der ästhetischer Programmschriften stehen, insbesondere der sogenannten »literarischen Manifeste« des ausgehenden 19. Jahrhunderts (Schultz 1981, S. 70). Auch wenn diese literarischen Programmschriften von ihren Verfassern nicht ausdrücklich als »Manifeste« ausgewiesen wurden, so sind sie der Textsorte durchaus zuzuordnen, lieferten sie doch das Modell für die (expliziten) Manifeste zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Schwarz 2021, S. 454).

Wie das Manifest aus gattungstheoretischer Sicht zu fassen ist, konnte die Forschung bis heute nicht abschließend klären. Das *Reallexikon der deutschen Literaturwissenschaft* spricht daher von einer »[d]iskursive[n] Textsorte« (Spörl 2007, S. 535). Eine der Herausforderungen der Gattungsbestimmung ist, dass viele der als Manifest rezipierten bzw. rezipierbaren Textzeugnisse nicht entsprechend im Titel ausgewiesen werden. Eindeutige Aussagen zu der dem Text zugeschriebenen Gattung, Funktion und Rezeptionsintention wie bei den genannten Manifesten der historischen Avantgarde bilden eher die Ausnahme als die Regel. Zu ähnlich ist das Manifest anderen Textformen wie etwa »Programm«, »Proklamation« und »Deklaration«, »Appell«, »Pamphlet«, »Offener Brief« und »Vorwort«, als dass hier eine fundierte Differenzierung vorgenommen werden könnte (Fähnders 1997, S. 21 f.). Aufgrund der »Erfahrung der Sprache« wird einem Text intuitiv die Funktion des Manifests zugewiesen – unabhängig davon, ob der Text als »Manifest« überschrieben ist oder manifestspezifische Merkmale analysiert wurden (Abastado 1980, S. 3; Übers. d. Verf.).

Auch wenn keine einheitliche Gattungsdefinition des Manifests vorliegt, können Merkmale dieser Textsorte benannt werden, über die in der Forschung weitestgehend Konsens besteht. Zunächst ist festzuhalten, dass das Manifest nicht über eine festgelegte Form verfügt. Auf inhaltlicher Ebene hingegen gilt, dass das Manifest Ansichten und Ziele ausstellt, oftmals vor dem Hintergrund einer Krise oder eines sich ankündigenden bzw. prognostizierten Wandels. Nicht selten wird ein vorherrschendes ›System‹ infrage gestellt. Über die Kritik an Personen und Sachen wird die eigene Position gerechtfertigt und begründet. Diese wird in den meisten Fällen nicht nur von einer einzelnen Person, sondern von einer ganzen Gruppe oder Bewegung vertreten, die sich nicht selten erst über das Manifest formiert. Mit der Forderung nach Erneuerung verbunden ist der Anspruch, den Aufbruch selbst bzw. mit dem eigenen Programm zu verkörpern. Das Manifest behauptet, es stellt Wissen aus, statt es zu entwickeln. Durch Polarisierung, Abgrenzung und Provokation wird der eigene Machtanspruch formuliert, wobei sprachliche Radikalität die Rhetorik bestimmt. Das typische Vokabular des Manifests ist appellativ und polarisierend, sein Auftreten programmatisch und innovativ. Das Manifest ist öffentlich und wird an geeigneter Stelle publiziert, wobei die Publikationsstrategien durch den fortschreitenden medialen Wandel zunehmend an Komplexität gewinnen (Spoerl 2007, S. 535; Yanoshevsky 2009, S. 261–274).

Mit dem fast allen Manifesten inhärenten Innovationsanspruch verbunden ist ein spezifisches Verhältnis zu Vergangenheit und Gegenwart. Letztere wird meist als Beleg für die Notwendigkeit des mit dem Manifest geforderten Wandels angeführt und kann als Kontrastfolie zu der im Manifest entworfenen Zukunft fungieren. Der Rekurs auf die Vergangenheit ist weniger eindeutig; sie wird sowohl als Warnung als auch als Quelle und Anschlussmöglichkeit der im Manifest postulierten Forderungen inszeniert. Nicht selten wird Geschichte umgeschrieben (*refaire l'histoire*, Abastado 1980, S. 6), zugunsten der eigenen Position und ihrer Profilierung neu – und nicht immer korrekt – erzählt. Vor diesem Hintergrund kann der Innovationsanspruch des Manifests angezweifelt werden. Die Bewegung hinter dem Manifest und mit ihr dessen Programmatik sind, das wusste schon der italienische Verfasser des *Manifeste du futurisme*, Filippo Tomaso Marinetti, »Inbegriff und Verlängerung [der eigenen; Erg. d. Verf.] Ahnen« (Marinetti 1912 [1909], S. 829), von denen es sich abzusetzen gilt. Das Umschreiben der Geschichte ist ein Akt der Selbstinszenierung, der mit der eigenen »wundervollen Distanzlosigkeit« (Hiller 1982, S. 33) einhergeht. Seine vermeintliche Rechtfertigung hat dieses Vorgehen in den proklamierten Zielen, denn mit Differenzierung und Zurückhaltung werden bekanntlich keine großen Anhängerschaften gewonnen.

Als Bedingung für das Auftreten von Manifesten wird »eine starke Ausdifferenzierung der Gesellschaft« gesehen, »die es Gruppierungen erlaubt, sich mit eigenen Überzeugungen und Interessen von anderen Interessenverbänden öffentlich abzusetzen« (Spoerl 2007, S. 536). In diesem Zusammenhang erscheint das Manifest dann auch als »paradigmatisches Medium der Moderne«, das deren »ideologische Konflikte« diskutiert (Hjartason 2007, S. 173; Übers. d. Verf.). Die im Manifest formulierten Forderungen sind in Beziehung zum jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Kontext zu verstehen, der auch für die dem Manifest zugeschriebene Dringlichkeit ausschlaggebend ist. Findet ein gesellschaftlicher Wandel statt, können die Forderungen eines Manifests an Aktualität gewinnen oder aber unangemessen und obsolet erscheinen. Letzteres ist z. B. dann der Fall, wenn mit der Realisierung der geforderten Erneuerungen der Innovationsanspruch des Manifests verloren geht oder durch neue gesellschaftliche Konstellationen die vormals im Manifest ausgerufenen Gegner an Bedeutung verlieren und gegebenenfalls durch andere Widersacher ersetzt werden.

Auf gesellschaftliche Kompromissfindung und das vielfach aufgerufene Ideal des »Zusammenhalts« kann die im Manifest beschworene Opposition zwischen verschiedenen gesellschaftlichen, politischen oder künstlerischen Gruppen zwangsläufig nicht nur positive Auswirkungen haben: Durch den auf Abgrenzung und Ausschluss abzielenden absoluten Sprachduktus, die Zu- und Überspitzung von Sachverhalten und die Benennung einer in ihrer Bestimmtheit vielfach lediglich konstruierten und der eigenen Profilierung dienenden Gegnerschaft werden Fronten aufgebaut, die in der Realität meist kein äquivalentes Gegenstück besitzen und in ihrer Absolutheit durch das Manifest erst geschaffen werden.

#### »Zusammenhalt« in Manifesten der Gegenwart

Ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zentrales Thema, das von nicht wenigen aktuellen Manifesten betrachtet wird, ist die Definition und Ausübung von Arbeit. So wirbt das *Maimanifest 2015* für den Aufbau einer am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschaft, die sich am Konzept der Genossenschaft orientiert und in deren Fokus die Belange von Mitarbeiter\*innen, Gesellschaft und Umwelt stehen. Das dem Manifest zugrunde liegende Verständnis von »Gemeinwohl«

wird über einige der für den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs zentralen Werte definiert. Neben »kultureller Vielfalt« und »ökologischer Nachhaltigkeit« werden »Transparenz«, »Menschenwürde« und »Solidarität« genannt. Um als »nachhaltig erfolgreich« zu gelten, so die leitende Überzeugung, muss die Wirtschaft »ökologisch, ökonomisch und sozial orientiert [sein] und die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Natur, auf den sozialen Zusammenhalt sowie auf vor- und nachgelagerte Wirtschaftsbereiche mitbedenk[en]« (Rückenwind 2015). An die Stelle kurzfristigen Profits und »destruktiver Konkurrenz« (ebd.) rücken Nachhaltigkeit und Solidarität. Von ihrer Umsetzung wird im Manifest das zukünftige gemeinschaftliche Zusammenleben abhängig gemacht.

Mit der Sorgearbeit rückt im *Familienpolitischen Manifest* der Heinrich-Böll-Stiftung eine weitere, oftmals vernachlässigte Form der Arbeit in den Blick, die zugleich als zentrale Eigenschaft von Familie definiert wird: »Familie ist da, wo Menschen kontinuierlich füreinander sorgen und Verantwortung übernehmen.« (Heinrich-Böll-Stiftung) Deren Zusammensetzung kann folglich variieren, sie unterliegt gesellschaftlichem Wandel. Aufgabe der Familienpolitik sei es, die notwendigen »Rahmenbedingungen [...] für ein Leben in fürsorglichen Beziehungen [zu] schaff[en]« (ebd.). Es wird davon ausgegangen, dass in der Familie die Grundlagen für das spätere Leben von Heranwachsenden gelegt werden. Soziale Gerechtigkeit wird mit dem Hinweis auf ihre grundlegende Funktion für den Ausbau von Solidarität und Zusammenhalt in der Gesellschaft angestrebt und somit die Gesellschaft als Ganze zur Adressatin der im Manifest beschriebenen Maßnahmen, mögen sich diese vorranglich auch nur an Alleinerziehende, Mütter und Väter oder in Armut lebende Familien richten. Die Förderung der Einzelnen ist hier immer auch Förderung der Gesamtheit, und letztere fungiert wiederum als Rechtfertigung für die Förderung bestimmter Gruppen.

Aus einer ihrem Anspruch nach feministischen Perspektive wird die Frage nach der Definition von Arbeit von den Verfasserinnen von *Feminismus für die 99%. Ein Manifest* betrachtet. In bester Manifestmanier benennen Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser gleich zu Beginn ihre Gegnerin bzw. eine ihrer Gegner\*innen: die Facebook-Managerin Sheryl Sandberg als Repräsentantin eines liberalen Feminismus, der sich selbst »als Magd des Kapitalismus« (Arruzza/Bhattacharya et al. 2019, S. 10) verstehe. Seine Vertreter\*innen, so die Autorinnen, »wollen eine Welt, in

der sich Männer und Frauen der herrschenden Klasse gleichberechtigt die Aufgabe teilen, Ausbeutung am Arbeitsplatz und gesamtgesellschaftliche Unterdrückung zu verwalten« (ebd.). In Opposition zum liberalen Feminismus und im Anschluss an die feministischen Streiks seit 2016 wollen Arruzza, Bhattacharya und Fraser einen neuen, antikapitalistischen Feminismus entwickeln, der »eine gerechte Welt« zum Ziel habe, »in der Wohlstand und natürliche Ressourcen von allen geteilt werden und in der Gleichheit und Freiheit nicht Ziel sondern Ausgangspunkt sind« (ebd., S. 11). Als zentral für die Umsetzung dieses Ziels wird die Aufwertung der gesellschaftlichen Reproduktion gegenüber der kapitalistischen »gewinnorientierte[n] Produktion« (ebd., S. 32) bewertet. Da die gesellschaftliche Reproduktion als »Arbeit des Menschenmachens« (ebd., S. 33), die unter anderem das Gebären und die Pflege von Menschen umfasst, Grundlage und Bedingung der kapitalistischen Produktion sei – und im Gegensatz zu dieser jedoch meist unbezahlt ist –, fordern die Autorinnen »dieses Verhältnis vom Kopf auf die Füße [zu] stellen« (ebd., S. 32). Insofern die Tätigkeiten der gesellschaftlichen Reproduktion zu großen Teilen von Frauen ausgeübt werden, vertritt das Manifest hier eine durchaus feministische Position.

Doch anders als der Titel des Manifests und seine Einführung suggerieren, geht es den Autorinnen weniger um einen Feminismus, der gezielt für die Bedürfnisse und Rechte von Frauen eintritt und ihre Gleichberechtigung anstrebt. Hauptgegner des Manifests ist nicht der liberale Feminismus – wenngleich der Hass auf seine Vertreterinnen durchaus beachtenswert ist und auch ein wenig verwundert, bedenkt man, aus welchen Positionen heraus Arruzza, Bhattacharya und Fraser schreiben –, sondern der Kapitalismus, der als »Wurzel des Problems« (ebd., S. 55) aller erdenklichen Krisen und Konflikte identifiziert wird. Und so will der »Feminismus für die 99%« keiner allein der Frauen sein, sondern zugleich antirassistisch und antiimperialistisch (ebd., S. 55 ff.), ökosozialistisch (ebd., S. 63 ff.), internationalistisch (ebd., S. 66 ff.) und natürlich antikapitalistisch (ebd., S. 23 ff.). Alle antikapitalistischen, radikalen Vereinigungen sind zum »Schulterschluss« (ebd., S. 72) aufgefordert, wenn, wie es sich für das Genre gehört und in Anlehnung an den Slogan der Occupy Wall Street Proteste des Jahres 2011 »We are the 99%«, zum »Kampf« (ebd., S. 73) gerufen wird: zum Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, von der bisweilen nur das vermögendste 1% der Bevölkerung profitiere. Ihr gegenüber sollen folglich 99% der Bevölkerung stehen – mit mehr oder weniger gleichen Interessen.

Nicht auf Umsturz, sondern auf Kontinuität im Zeichen von Solidarität und Zusammenhalt setzen hingegen die proeuropäischen Manifeste, die als Reaktion auf die zunehmende Kritik an der Europäischen Union (EU) und ihren Institutionen entstanden, wie sie vermehrt im Zuge der Wirtschafts- und Migrationskrise in den 2010er Jahren und der Diskussionen um den EU-Austritt Großbritanniens geäußert wurde. Mit Titeln wie *Das Römische Manifest* (2017) – in Erinnerung an die Römischen Verträge von 1957 –, *Manifest für die Demokratisierung Europas* (2017), *Manifest für ein nachhaltiges Europa zum Wohl seiner Bürger\*innen* (2018), *Europäisches Manifest 2018. Für eine offene, liberale Weltgesellschaft* (2018) oder *Manifest für ein Europa der Zukunft* (2020) werben sie für eine Fortführung und Weiterentwicklung der EU. Vor dem Hintergrund der Gattungstradition ist bemerkenswert, dass die Texte nicht den Bruch inszenieren, sondern vorwiegend explizit auf Kontinuität setzen, wenngleich unter modifizierten Bedingungen. Ziel ist nicht der Umsturz bestehender Verhältnisse, sondern seine Abwehr. Verhindert werden soll nicht weniger als der Zerfall der EU und die Rückkehr zur »Nationalstaaterlei«. Als grundlegend für den europäischen Zusammenhalt wird unter anderem eine gemeinsame Identität angeführt.

Die Manifeste, die eine europäische Identität als Garant der Europäischen Union beschwören, stehen in der Tradition der *Charta der Europäischen Identität* aus dem Jahr 1995, die auf eine Anregung des damaligen Präsidenten der Tschechischen Republik Václav Havel zurückgeht. Der Ostblock war zerfallen, die EU-Osterweiterung stand bevor, als Havel in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg im März 1994 die »wichtigste Anforderung« der EU unter anderem »in einer neuen und unmissverständlich klaren Selbstreflexion dessen« sah, »was man europäische Identität nennen könnte« (Havel 1995). Sein Vorschlag: Die EU solle »eine eigene Charta verabschiede[n], die klar die Ideen zu definieren hätte, auf denen sie beruht, den Sinn, den sie hat, und die Werte, die sie zu verkörpern trachtet« (ebd.). Durch die Rekonstruktion der gemeinsamen Identität und ihre Anerkennung durch die Europäer\*innen, so der Grundgedanke, der dann der im Oktober 1995 von der Europa-Union Deutschland (EUD) veröffentlichten *Charta der Europäischen Identität* zugrunde lag, würden die EU-Bürger\*innen eine enge Verbindung zur EU aufbauen. Doch die flächendeckende Anerkennung blieb aus.

Die europäischen Manifeste der zurückliegenden Jahre wie auch die Wahl der appellierenden Textsorte »Manifest« sind als Reaktion auf dieses Scheitern zu verstehen. Angesichts einer drohenden Auflösung der Staatengemeinschaft ist der vornehmlich sachliche Ton der *Charta* dem meist kämpferischen Duktus der Manifeste gewichen, während die in ihr skizzierte europäische Identität in ihren Grundzügen fortgeschrieben wird. Entscheidend für die europäische Identität ist zum einen das Narrativ einer gemeinsamen Geschichte der Ideen und Werte Europas, deren Ausgangspunkt in der Antike und im Christentum verortet und deren Fortsetzung in Renaissance, Humanismus und Aufklärung gesehen wird und somit in Epochen, die gemeinhin gern als Hochzeiten von Geist, Wissenschaft und Kultur bezeichnet und mit einer Fortschrittsgeschichte assoziiert werden. Als Errungenschaften dieser Entwicklung gelten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte, kulturelle und künstlerische Werke, naturwissenschaftliche Erkenntnis und kritisches Denken. Zum anderen wird erneut auf die innereuropäischen politischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts und die geteilte (Gewalt-)Erfahrung von Nationalismus und Zweitem Weltkrieg, Imperialismus und Totalitarismus rekurriert, vor deren Hintergrund die von der EU zu verteidigenden Werte wie Freiheit, Recht und Demokratie an Bedeutung gewinnen.

Diese Grundkonzeption der europäischen Identität, wie sie die *Charta* skizziert, wird von den europäischen Manifesten, teils stark verkürzt, teils erweitert, fortgeführt. Hierbei wird gegenwärtigen Diskussionen Rechnung getragen, wenn, wie im *Römischen Manifest*, das auf Initiative der proeuropäischen Bewegung United Europe und der Villa Vigoni 2017 zum 60-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge von einer Gruppe junger Europäer\*innen verfasst wurde, nicht nur Christentum und Antike, sondern auch Judentum und Islam, germanische und slawische Einflüsse als prägend für die europäische Kultur benannt werden (Atzmannstorfer/Cvitic et al. 2017, S. 8). Ein ähnlicher Gegenwartsbezug lässt sich für die Forderungen nach Pluralismus, Solidarität, Nachhaltigkeit und Inklusion konstatieren, um die das Netzwerk mit Namen »Alternative Europa!« den europäischen »Wertekanon« in seinem *Manifest für ein Europa der Zukunft* ergänzt wissen will (Netzwerk Alternative Europa! 2020, S. 3). Dies sind, bis auf Nachhaltigkeit, keine grundlegend neuen Werte, die hier ins Feld geführt werden. Die proeuropäischen Manifeste

aktualisieren den Topos »Europa«, passen ihn auch sprachlich der Gegenwart an. Als Resultat einer gemeinsamen Geschichte und von gemeinsamen Werten soll die europäische Identität, wie sie in diesen Manifesten stark gemacht wird, in aufgefrischter Form fortgesetzt werden, zumal im Spannungsfeld von EU-Erweiterung und wiedererstarkenden Nationalismen. So appelliert unter anderem das *Römische Manifest* an das von Havel beschworene »europäische Gemeinschaftsgefühl« und sieht in ihm die Grundlage für einen Ausbau der EU (Atzmannstorfer/Cvitic et al. 2017, S. 8).

Aus der europäischen Identität wird zudem die Verpflichtung Europas zu mehr Demokratie, sozialer Protektion und Solidarität abgeleitet (SDGWatch Europe 2018; DiEM25 2017). Der Zusammenhalt der EU, so der Tenor der Manifeste, kann nur gesichert sein, wenn es ein Europa der Bürger\*innen ist – und keines der Institutionen, wie gern in beschwörendem Ton hinzugefügt wird – oder, will man mit Havel sprechen: »[w]enn die Einwohner Europas begreifen lernen, dass es sich hier [...] um einen neuen Typus menschlicher Gemeinschaft« (Havel 1995) handelt, eine »erfahrbare Lebensgemeinschaft« (Europa-Union Deutschland 1995). Dass, der politischen Ausrichtung des jeweiligen Manifests entsprechend, die Werte der EU legislativ oder exekutiv in unterschiedlichen Weisen konkretisiert und umgesetzt werden sollen, versteht sich von selbst. Und gerade hier liegt das Konfliktpotenzial. So eindeutig die Manifeste die Einheit der EU beschwören, so unterschiedlich sind die in ihnen vertretenen Vorstellungen zu ihrer Umsetzung. Paradigmatisch veranschaulichen dies das *Manifest für die Demokratisierung Europas* (2017) und, diametral zu letzterem, das *Europäische Manifest 2018. Für eine offene, liberale Weltgesellschaft* (2018). Mit der einheitlichen Forderung nach dem Zusammenhalt der EU-Staaten und ihrer Bürger\*innen auf Grundlage einer gemeinsamen Identität sind verschiedene, durchaus divergierende Ideen und Konzepte für die Gestaltung der europäischen Gemeinschaft verbunden.

Es sind bei Weitem nicht nur zwischenmenschliche Beziehungen, die Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf die Probe stellen. Eine weitere Herausforderung stellen Natur und Technik dar. Die Aufmerksamkeit, die letzterer gegenwärtig zuteilwird, verdankt sich dem digitalen Wandel, der den Alltag in zunehmend größerem Maß bestimmt. Als »wesentlicher Bestandteil des modernen Lebens [...], wichtiger Teil von Ausbildung, Kommunikation und Zusammenarbeit, im Geschäftsleben, in Freizeit und der Gesellschaft als Ganzes« wird das Internet vom *Mozilla-Manifest* adressiert

(Mozilla Foundation). Im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders aussagekräftig ist das *Versprechen für ein gesundes Internet*, das den zehn Prinzipien des Manifests nachträglich vorangestellt wurde und die positiven wie auch negativen Aspekte der »Macht des Internets« (ebd.) anspricht. Angesichts der Verbreitung von Gewalt, Hass und Fake News im Netz und der hierdurch vorangetriebenen gesellschaftlichen Spaltung sahen sich die Verfasser\*innen des Manifests offensichtlich verpflichtet, sich von den nachteiligen Auswirkungen des Internets zu distanzieren. Maßnahmen, wie diesen Einhalt geboten werden soll, sucht man in dieser »Ergänzung« (ebd.) allerdings vergebens. Sie dient in erster Linie als Nachweis für die richtige Haltung – und das Bewusstsein, das mit dieser auch Aufmerksamkeit einhergeht. Eingeleitet werden die vier Punkte entsprechend mit den Worten »Wir stehen für« (ebd.). Werten wie Menschenwürde, Meinungsfreiheit, kritisches Denken fühlt man sich ebenso verpflichtet wie einem Internet, »das Zusammenarbeit unter vielfältigen Gemeinschaften zum Nutzen des Gemeinwohls fördert« (ebd.). Mit den zehn Prinzipien des Manifests, die zwar unter anderem die Bedeutung von Datenschutz, individueller Sicherheit oder auch eines allgemeinen Zugangs zum Internet als »globale[r] und öffentliche[r] Ressource« (ebd.) aufrufen, aber in erster Linie Grundsätze für die Entwicklung der eigenen Open-Source-Software sind, hat das ihnen vorangestellte *Versprechen für ein gesundes Internet* inhaltlich nur bedingt zu tun.

Mindestens ebenso bedeutend für gegenwärtige Gesellschaften wie die technischen sind die fundamentalen ökologischen Umbrüche. Anders als das *Manifest zum Wald in Deutschland*, das zwar die »gesellschaftliche Bedeutung [der Wälder] als Erholungsort für Körper, Geist und Seele, als Lern- und Erfahrungsort« (BundesBürgerInitiative WaldSchutz 2018, S. 7) in der Präambel prominent anspricht, in den Zielen aber eine nachhaltige Bewirtschaftung und den Erhalt der Biodiversität ohne expliziten Bezug zu gesellschaftlichen Kontexten fordert, positioniert sich *Das Klima-Manifest* (2016) der Klima-Allianz Deutschland ausdrücklich im Kontext der aktuellen gesellschaftlichen Debatten: »In einer Zeit, in der die Welt durch zahlreiche Konflikte immer mehr auseinanderzubrechen droht, in der Hass,

Nationalismus, Rassismus und wachsende Ungleichheit unsere Gesellschaft herausfordern, müssen wir neue Wege der Kooperation finden.« (Klima-Allianz Deutschland 2016) Ausgehend von der Prämisse »Krisen kennen keine Grenzen« (ebd.), werden Verantwortung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit in ihrer Beziehung zum Klimaschutz zu den zentralen Zielen des Manifests erhoben. Als globales Phänomen betrifft der Klimawandel die gesamte Menschheit, folglich sieht das Manifest alle in der Verantwortung, die Erderwärmung zu minimieren und ihre Konsequenzen gemeinsam zu tragen. Im »Einsatz für eine Welt, die nicht mehr auf Kosten armer Menschen und der Kinder hier und im Globalen Süden lebt« (ebd.), wird in Anbetracht ihres hohen Ressourcenverbrauchs die Verpflichtung der Industrieländer und Europas im Besonderen zur Solidarität hervorgehoben. Die Verbrennung fossiler Energien sei einzustellen, erneuerbare Energien »naturverträglich und sozial gerecht aus[zu]bauen« (ebd.) und globale Kooperationen zu schließen. Verlangt wird »ein neues Geschäftsmodell, das nicht auf Kosten von Gemeinwohl, Beschäftigten und der Natur geht, sondern sich sozialen und ökologischen Standards weltweit verpflichtet fühlt«. Richtig umgesetzt, werde der Klimaschutz zur »riesige[n] Chance« (ebd.). Er ist, so statuiert das Manifest, nicht nur ein Beitrag zu Gesundheit und Wirtschaft, sondern auch Grundlage für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

Für ein »solidarisches Zusammenleben« (Cohabitation 2021), das sich nicht nur auf Menschen beschränkt, tritt das Kunstprojekt Cohabitation ein. Teil des Projekts ist das von Fahim Amir verfasste Manifest »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Spezies – Cohabitation ihre gelebte Erkundung« (Amir 2021). Der Ernesto Che Guevara zugeschriebene Ausspruch »Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker« wird von Amir auf alle Lebensformen des Planeten ausgeweitet. Den Humanismus in seiner Ausrichtung am Menschen für tot erklärend, fordert Amir im Anschluss an den Grundgedanken der gegenseitigen Beeinflussung aller Lebensformen, die Präsenz von Tieren und Pflanzen auch in dem vom Menschen dominierten Raum zu berücksichtigen. Der Mensch ist aufgerufen, seine Souveränität

zugunsten anderer Spezies zurückzunehmen und »[d]ie Ansprüche der Anderen zu einem Teil der Rechnung zu machen«: »Teilhabe bedeutet auch Teilgabe, wir werden also etwas aufgeben müssen« (ebd.). Der angemahnten Kohabitation entgegen stehen Grenzen und Zäune, die nicht nur Menschen, sondern gerade auch Tieren den Weg verbauen. Dass dieses, wörtlich verstanden, »Leben mit« nicht nur positive, ja gar gefährliche Seiten aufweisen kann, wird von Amir angesprochen, aber mit dem Hinweis auf die »Beförderung« der »Entwicklung von Nachbarschaften« (ebd.) in der Kohabitation und den Beitrag des pflanzlichen Stoffwechsels zum Leben, Unkraut eingeschlossen, zurückgewiesen. Das Konzept der Kohabitation verlangt »das Politische« im Sinne einer Teilhabe aller Lebewesen an der Polis »neu zu denken« (ebd.). »Solidarität«, »Teilhabe«, »Zusammenleben« – diese den Diskurs des gesellschaftlichen Zusammenhalts prägenden Termini werden hier über die Grenzen des Menschlichen hinweg gedacht. Wie ihre Umsetzung konkret aussehen könnte, bleibt hier noch mehr als in anderen Manifesten offen.

#### **Konturverlust der Rede vom »gesellschaftlichen Zusammenhalt«**

Aufgrund des appellativen Gestus von Manifesten liegt es nahe, Forderungen nach »mehr« oder »besserem Zusammenhalt« als »Manifest« zu formulieren. Die für die Textsorte charakteristische Darstellungsform und die ihr eigene Präsentation von Ideen und Forderungen bergen aber grundlegende Probleme. Das Manifest statuiert, was ist und was sein soll, zum Austausch lädt es nicht ein. Es neigt dazu, vollständige Zustimmung einzufordern oder eine ebenso umfassende Ablehnung seiner Positionen zu provozieren. Es stellt Forderungen auf, proklamiert Ideen, mit ausführlichen Begründungen hält es sich nicht auf. Gesellschaftlicher Zusammenhalt basiert allerdings auf diskursivem Austausch, darauf, dass verschiedenste Gruppen sich und ihre Interessen artikulieren können und berücksichtigt sehen. Um Konsens oder Kompromisse zu erzielen, den Ausgleich oder gemeinsamen Nenner unterschiedlicher Positionen zu finden und zu erklären, bedarf es einer begründeten Auseinandersetzung mit ihnen. Diese Form der Reflexion ist dem Manifest jedoch fremd. Es setzt vielmehr auf Gegnerschaft, schließt aus, statt zu verbinden. Einer Idee von »Verbundenheit«, die einer inklusiven Form von Zusammenhalt wohl zu unterlegen wäre, kann das kaum zuträglich sein.

Die meisten der hier verhandelten ›Manifeste‹ setzen die exkludierende Radikalität, wie sie das Manifest klassischerweise auszeichnet, allerdings nicht um. Sie vertreten ganz im Gegenteil und bezogen auf ein imaginäres gesellschaftliches ›Ganzes‹ maximal inklusive Positionen, etwa wenn es um Europa, das Internet oder das Zusammenleben verschiedener Spezies geht. Dass sie sich dennoch der Gattungsbezeichnung »Manifest« bedienen, ist vornehmlich auf die für diese Textsorte spezifische Rezeptionshaltung zurückzuführen, die die angeführten Texte damit auch für sich in Anspruch nehmen. Unabhängig von seinen tatsächlichen formalen und inhaltlichen Eigenschaften wird dem als »Manifest« ausgewiesenen Text zugestanden, programmatisch und innovativ zu sein, drängende Forderungen vorzutragen und einen notwendig scheinenden Bruch vollziehen zu wollen. Selbst wenn keineswegs alle der aufgeführten Texte diese Erwartung tatsächlich erfüllen, so setzen sie doch alle auf die gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit, die dem ›aktivistischen‹ »Manifest« sicher ist – anders als z. B. dem »Essay« oder dem »Vorwort«.

Analoges ist für zentrale Begriffe zu konstatieren, die den gegenwärtigen Diskurs zum gesellschaftlichen Zusammenhalt prägen: Wer von »Solidarität« und »Teilhabe« spricht, hat, so wird angenommen, Relevantes zu sagen, unabhängig davon, ob die zentralen Punkte einer Äußerung tatsächlich im unmittelbaren Zusammenhang zum aufgerufenen Diskurs stehen. Solche Formen ihrer Ausweitung überfordern aber die Rede vom »gesellschaftlichen Zusammenhalt«. Sie büßt an Kontur ein, ihr Gegenstand an Relevanz. Parallel dazu verlieren viele der Forderungen und Maßnahmen, die trotz aller Rhetorik dann doch nicht der Gesellschaft als ganzer, sondern vorwiegend einzelnen Gruppen zugutekommen, ihre Rechtfertigung.

Hinzukommt, dass aufgrund der höchst eingeschränkten Reflexionsleistung des Manifests lediglich einzelne Schlagworte an Gewicht gewinnen. »Solidarität«, »soziale Gerechtigkeit«, »Teilhabe« und eben »Zusammenhalt« selbst werden als gesellschaftliche Werte in ständiger Wiederholung verfochten. Dabei bleibt nicht nur offen, wie und mit welchen Konsequenzen sie umgesetzt werden können, sondern auch, welche konkreten Vorstellungen jeweils mit ihnen verbunden werden. Das variiert je nach politischer Richtung. Manifeste sind, dies bleibt als skeptisches Resümee zu ziehen, gegenwärtig nicht nur besonders beliebt, sondern tendieren auch dazu, zentrale sozialethische Begriffe wie bloße ›Worthülsen‹ dastehen zu lassen. Dies gilt umso mehr, wenn sie nicht mehr für überschaubare Kontexte, sondern für die gesamte Menschheit oder gar für alle Lebewesen in Anschlag gebracht werden.

memberarchia